

1. Dezember 1969: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU Über die politische Linie und einige praktische Schritte der UdSSR in Bezug auf die Bildung der Regierung Brandt*

1. Die Ausarbeitung des Außenministeriums der UdSSR, der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU und der Abteilung des ZK der KPdSU zu dieser Frage ist im Wesentlichen zu befürworten (Anlage). Die im Dokument dargelegten Überlegungen sind bei den Konsultationen mit der Führung der DDR und mit den anderen Bruderstaaten anzuwenden.

2. Bei der Umsetzung der praktischen Maßnahmen zur Ausweitung der Beziehungen mit der BRD und auch bezüglich entsprechender Fragen zur Festigung der europäischen Sicherheit hat sich das Außenministerium der UdSSR an die Schlussfolgerungen dieser Ausarbeitung unter Berücksichtigung des Meinungsaustausches im Politbüro des ZK zu halten.

3. Dem Außenministerium der UdSSR ist der Auftrag zu erteilen, die sowjetischen Botschaften über unsere zukünftige grundsätzliche Linie gegenüber der BRD in Kenntnis zu setzen. Die sowjetischen Botschaften haben die Bemühungen der DDR zur Stärkung ihrer internationalen Positionen verstärkt zu unterstützen.

4. Der Entwurf des Kommuniqués über das Treffen der Führer der Bruderstaaten ist im Wesentlichen gutzuheißen (Anlage).

5. Dem Staatlichen Planungskomitee der UdSSR ist gemeinsam mit der Ständigen Vertretung der UdSSR im RGW, dem sowjetischen Teil der Paritätischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR, dem Ministerium für Außenhandel und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR der Auftrag zu erteilen, den Zustand der Wirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Länder mit der BRD und den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern einer Analyse zu unterziehen und die entsprechenden Überlegungen zu dieser Frage im ZK der KPdSU darzulegen.

ZUR POLITISCHEN LINIE UND ZU EINIGEN PRAKTISCHEN SCHRITTEN DER UDSSR IN BEZUG AUF DIE BILDUNG DER REGIERUNG VON W. BRANDT IN DER BRD**

Die Parlamentswahlen in der Bundesrepublik Deutschland von Ende September 1969 spiegelten eine weitere Differenzierung der politischen Kräfte im Lande wider und führten zu einer bedeutsamen Umgruppierung im Regierungslager. Der Machtverlust der Union von CDU/CSU und die Bildung einer Koalition aus Sozialdemokratischer Partei und Freier Demokratischer Partei kann dazu beitragen, dass die BRD in europäischen Angelegenheiten eine realistischere Position als in den Tagen von Adenauer, Erhard und Kiesinger einnimmt. Der westdeutsche Imperialismus rechnet offenbar damit, dass eine derartige Korrektur des außenpolitischen Kurses es in erster Linie erlauben wird, die Bemühungen um die Herstellung und Vertiefung wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehungen mit den sozialistischen Staaten zu intensivieren. Doch zweifellos gilt es, sich auch mit noch ausgeklügelteren taktischen Mitteln Bonn für eine Aufweichung der geeinten Front der Länder des Warschauer Paktes und für eine immer stärkere Einbindung der DDR in die wirtschaftliche und sodann auch in die politische Sphäre der BRD auseinanderzusetzen.

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 304, S. 3f. – Briefkopf des ZK der KPdSU. Streng Geheim. Protokoll Nr. 147 der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU vom 1. Dezember 1969. Punkt 1, vorbereitet und vorgelegt von Gen. Brežnev, Gromyko, Kosygin, Poljanskij, Suslov, Ponomarev, Podgornyj, Kirilenko, Voronov, Mazurov, Pel'se, Abrasimov, Rusakov, Katušev, Andropov, Ustinov. Teilnehmer: Vorsitzender Gen. L. I. Brežnev, die Mitglieder des Politbüros: Gen. G. I. Voronov, A. P. Kirilenko, A. N. Kosygin, K. T. Mazurov, A. Ja. Pel'se, N. V. Podgornyj, D. S. Poljanskij, M. A. Suslov, A. N. Šelepin, die Kandidaten des Politbüros: Gen. Ju. V. Andropov, V. V. Grišin, P. N. Demičev, D. F. Ustinov, die Sekretäre des ZK: Gen. I. V. Kapitonov, K. F. Katušev, F. D. Kulakov, B. N. Ponomarev.

** Ebd., S. 7–38. – Anlage zu Punkt 1 des Prot. Nr. 147.

Der bisherige Bonner Kurs, dessen Wurzeln auf die Zeit des „Kalten Krieges“ zurückgehen und der immer größere Unzufriedenheit in breiten Bevölkerungsschichten¹ hervorruft, zeigt immer größere Schwäche auch bei der Lösung von derart, für den westdeutschen Imperialismus wichtigen, außenpolitischen Aufgaben, wie die Überwindung von Elementen fehlender Gleichberechtigung in den Beziehungen mit den USA, mit England und Frankreich, die Erhöhung des eigenen Gewichts in internationalen Angelegenheiten und die Stärkung der Positionen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Mit einem größeren Maß an Beharrlichkeit und einer entsprechend angepassten Linie wird Bonn wohl eine Lösung der genannten Fragen zu erzielen versuchen.

Ein unverrückbares Ziel der Regierung Brandt, wie schon bei den früheren Bonner Regierungen, wird die Befreiung der BRD von den sie einengenden Bedingungen des Potsdamer Abkommens und anderer alliierter Viermächteabkommen sein, wenn schon nicht gänzlich, dann aber zumindest, indem sie stückchenweise die Zugeständnisse herausreißen.

Die in der BRD vor sich gehenden oder sich abzeichnenden Veränderungen betreffen zwangsläufig auch vitale Interessen der Sowjetunion. Diese Veränderungen bedürfen keiner Revision der grundsätzlichen politischen Ausrichtungen und der Zielvorgaben der Sowjetunion in der Deutschen Frage. Die Richtigkeit unserer Politik zeigte sich in der Praxis, sie [Politik] trug zu einer Festigung von sowohl für die UdSSR, als auch für die ganze sozialistische Gemeinschaft vorteilhaften Ergebnissen des Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung bei. Darüber hinaus eröffnen sich allein schon durch die mit unserer Mitwirkung in Westdeutschland erzielten Veränderungen zusätzliche Möglichkeiten für unser Agieren auf der internationalen Bühne, und es entsteht selbstverständlich auch die Notwendigkeit einer Präzisierung der taktischen Linie sowohl in Fragen der Beziehungen der sozialistischen Länder mit der BRD als auch bei der Erörterung europäischer und anderer internationaler Fragestellungen. Es versteht sich, dass im Blickfeld der sozialistischen Länder und insbesondere der UdSSR stets all jene Elemente der „Ostpolitik“ Brandts sein müssen, die auf eine Desintegration der sozialistischen Länder und eine Aufweichung der sozialistischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik abzielen.

I.

1. Die Besonderheit der letzten Wahlen in der BRD besteht darin, dass der schärfste Kampf rund um die Frage über die zukünftigen sowjetisch-westdeutschen Beziehungen ausgetragen wurde, wobei der Erfolg der Sozialdemokraten in vielerlei Hinsicht auf ihr Eintreten für eine Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zurückzuführen ist.

Das Programm der neuen Regierung enthält im Unterschied zu früher keine direkten Angriffe gegen die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder, keine Hinweise auf die Zugehörigkeit Westberlins zur BRD, keine Formulierungen über Nichtanerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und auch keinerlei Darlegung der Absicht, den Status quo in Europa verändern zu wollen.

Andererseits jedoch ist im programmatischen Auftritt die Rede vom Zusammenhang zwischen politischer „Kontinuität“ und ihrer politischen „Erneuerung“, von der Treue der neuen Regierung gegenüber der NATO, den Bündnisbeziehungen mit den USA und mit Frankreich sowie vom Festhalten an der Idee einer Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Prinzips der „Selbstbestimmung der Deutschen“. Wichtigen Fragen, wie etwa zur Einstellung zu den bestehenden europäischen Grenzen und zum Kampf gegen die neonazistische Gefahr, wich Brandt schweigend aus.

Die neue Regierung spricht davon, dass sie sich mit der Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten abfinde.² Ohne seine Haltung bezüglich der Ansprüche Bonns auf eine „Alleinvertretung

¹ Im Original: breiten Massen.

² Fußnote im Text: „In den gemeinsamen Erklärungen der sozialistischen Ländern, die in Bukarest (1966) und Budapest (1969) angenommen wurden, und auch in der Warschauer Übereinkunft aus dem Jahre 1967 wurde die BRD dazu aufgefordert, die ‚Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten anzuerkennen‘. Die Frage über die völkerrechtliche

aller Deutschen“ offen zu legen, ging Brandt auf den Unwillen ein, die DDR als „ausländisches Territorium“ anzuerkennen und betonte, dass die Beziehungen der BRD mit der DDR „besonders“ und nicht auf gewöhnlicher völkerrechtlicher Basis gestaltet werden müssen. Bei diesem grundsätzlichen Zugang kommt im Regierungsprogramm die Bereitschaft zum Ausdruck, mit der DDR „auf Augenhöhe“ zu verhandeln, um die Beziehungen auf vertraglicher Basis zu regeln und insbesondere um ein „verpflichtendes Abkommens über den gegenseitigen Gewaltverzicht“ abzuschließen.

Die Regierung Brandt bekundete ihre Absicht zur Unterzeichnung eines Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und bezog eine äußerlich wohlwollende Haltung bezüglich einer gesamteuropäischen Konferenz.

Gleichzeitig bestätigt sich die Linie auf ein weiteres Anwachsen der Kampfkraft der Bundeswehr unter Beibehaltung der bisherigen, im Rahmen der NATO ausgearbeiteten militärstrategischen Konzeptionen.

Zahlreiche Formulierungen des Regierungsprogramms tragen einen betont verwässerten Charakter. Sie verpflichten die Koalition zu keinerlei konkreten Schritten, und lassen ihr Raum für politische Manöver und Kombinationen.

Insgesamt bieten das Aktionsprogramm der neuen Regierung der BRD und deren erste praktische Schritte keine Anhaltspunkte dafür, dass es zu radikalen Änderungen in der westdeutschen Haltung in Kernfragen kommt, die für die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder von Interesse sind. Sollten in Zukunft Änderungen eintreten, so werden diese das Ergebnis eines harten Kampfes innerhalb des Regierungslagers der BRD und eines gewissen Drucks unsererseits sein, und unseres entsprechenden Widerstands gegen die Versuche Brandts, dringliche Fragen mithilfe taktischer Tricks zu umgehen.

2. In politischen Kreisen Bonns und in den Hauptstädten anderer westlicher Länder gibt es die Meinung, dass für das Schicksal der neuen Regierung die ersten Monate nach ihrem Amtsantritt entscheidend sein werden. Die SPD als Ganzes und Willy Brandt als Parteivorsitzender müssen sich in ihre Aufgaben einfinden, ihre Bereitschaft zur Führung des Landes beweisen und die vor ihnen liegenden Schwierigkeiten lösen.

a) Für die Sozialdemokraten gilt es, die Kontakte zu jenen monopolistischen Kräften der BRD zu stärken, die sich bislang v. a. an der CDU orientierten. Das Wirken von Wirtschaftsminister Schiller, der der großen Koalitionsregierung angehörte und persönlich zur Überwindung der nach 1966 aufgetretenen erheblichen Schwierigkeiten der westdeutschen Wirtschaft beitrug, stellt für die Sozialdemokraten eine gewisse Erleichterung bei der Bewältigung dieser Aufgabe dar. Das Regieren der SPD während eines gewissen Zeitraumes kann sich für die finanz-monopolistischen Kreise als nützlich erweisen, um heftige soziale Zusammenstöße und Massendemonstrationen der westdeutschen Arbeiterklasse zu verhindern und folglich die Grundlagen der bestehenden Ordnung in der BRD zu stärken.

Keine geringe Bedeutung kommt dem Umstand zu, dass ein gewisser Teil des Monopolkapitals traditionell den Märkten der osteuropäischen Länder zugeneigt ist und darauf spekuliert, dass die neue Regierung günstigere Voraussetzungen für ihre diesbezügliche Tätigkeit schafft. Dieses Monopolkapital wird Brandt aktiv unterstützen.

b) Die dünne parlamentarische Mehrheit³, auf die sich die neue Regierung der BRD stützt, wird deren Initiative erheblich lähmen, wird sie zu einem Kokettieren mit rechtsgerichteten Kräften und zur Aufrechterhaltung der Beziehungen mit den Westmächten und der NATO ermuntern.

Schwierig bleibt auch die Lage innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Es ist bekannt, dass es in den Reihen der SPD und insbesondere innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion im Bun-

Anerkennung der DDR wird in gemeinsamen Dokumenten seit der Konferenz Kommunistischer und Arbeiterparteien (Juni 1969) auf Vorschlag der SED-Führung aufgeworfen.“

³ Im Original: Basis.

destag bis zuletzt starke Strömungen zugunsten einer Weiterführung der Koalition mit der CDU gegeben hat.

Äußerst instabil ist die Lage in der Freien Demokratischen Partei, die bei den letzten Wahlen eine herbe Niederlage erlitten hat. Innerhalb der FDP operiert eine von Anhängern der CDU ange-spornte Gruppierung rechter Persönlichkeiten des Typs Mende und Zoglmann, die jederzeit auf die Seite der CDU überlaufen und die gegenwärtige Regierung ihrer Parlamentsmehrheit berauben können.

c) Die innenpolitische Lage und insbesondere die Lage im Bundestag wird auch zukünftig von einem überaus heftigen politischen Kampf zwischen der SPD und der FDP einerseits und dem Block von CDU/CSU andererseits geprägt sein. Die Regierung Brandt fasst eine Erneuerung des Staatsapparates der BRD ins Auge, der in den letzten 20 Jahren größtenteils durch Anhänger mit konservativen, pro CDU eingestellten Sichtweisen formiert wurde. Die Entfernung eines bedeutenden Teils der direkten Günstlinge von CDU/CSU aus dem Staatsapparat würde die Positionen dieser Parteien im Land erheblich schwächen. Denn im Vergleich zu der SPD sind diese weitaus schlechter organisiert und übten ihren Einfluss auf die Bevölkerung bisher nicht über den Parteiap-parat, sondern über die Ebene der Staatsmacht aus.

Die zentrale Stoßrichtung, über die CDU und CSU ihren Kampf gegen die „kleine Koalition“ zu führen beabsichtigen, wird in der Anfachung nationalistischer Gefühle im Lande liegen. Die Kom-plexität der Lage wird sich auch dadurch zuspitzen, dass die Sozialdemokraten beim Heraufbe-schwören nationalistischer Stimmungen einen Weg in Richtung Rivalität mit den Christdemokraten einschlagen können und dadurch wiederum selbst derartige Stimmungen anheizen werden. Dies erweist sich angesichts des zweifellosen Anwachsens des Nationalismus und der aktiven Tätigkeit der neonazistischen NPD als besonders gefährlich.

d) Nicht gerade geringe Schwierigkeiten für die neue Regierung der BRD und für Brandt per-sönlich können sich auch dadurch ergeben, dass sich die Massenmedien mehrheitlich in den Hän-den von CDU/CSU oder unter deren Einfluss befinden (Springer-Konzern u. a.). In Brandts Regie-rungserklärung ist die Rede von der Notwendigkeit der Verabschiedung eines eigenen Pressegeset-zes, das allem Anschein nach dazu dienen soll, die Lage auf diesem Gebiet zugunsten der SPD et-was zurechtzurücken.

e) Die Regierung Brandt löste das Kabinett der „großen Koalition“ zu einer Zeit ab, als die Hal-tung der Sowjetunion, die sich als überaus kritisch gegenüber dem politischen Kurs von CDU/CSU darstellte, im Grunde genommen zum Fall dieses Kabinetts beitrug. Man kann sagen, dass von der zukünftigen Haltung der Sowjetunion in nicht geringem Maße auch die Stabilität der Regierung Brandt abhängen wird. Würde die Sowjetunion aus diesen oder jenen Gründen nicht auf die neuen Faktoren reagieren und auch zukünftig einen starken Akzent auf die Kritik der negativen Erschei-nungen im Leben des Bonner Staates legen, empfände man dies in der Bundesrepublik zweifellos als Indikator für die Richtigkeit der Position der CDU und für die Haltlosigkeit der von führenden Sozialdemokraten vorgebrachten Behauptungen, die für eine Notwendigkeit und Möglichkeit einer Genesung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen argumentiert haben.

3. Wie die Praxis zeigt, hängt die Festlegung der politischen Linie Bonns in vielerlei Hinsicht von der Haltung des Kanzlers ab, der gemäß dem Grundgesetz mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet ist.

W. Brandt ist seit 1964 Vorsitzender der SPD und einer der führenden Vertreter der Sozialisti-schen Internationale. Von seinen politischen Ansichten her ist Brandt ein ideologischer Gegner des Kommunismus. Er neigt zu Kompromissen, zum Lavieren und zum Hinausschieben von schwieri-gen Fragen auf die lange Bank; er findet sich in den jeweiligen Situationen gut zurecht und trägt die politische Auseinandersetzung gekonnt aus.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik ist Brandt Anhänger eines engen Bündnisses der BRD mit den Ländern des Westens, in erster Linie mit den USA, er ist Befürworter einer Stärkung der NATO und des „Gemeinsamen Marktes“. Jedoch ist auch er so wie die Mehrheit der gegenwärtigen SPD-

Führung der Meinung, dass die bisherige Politik, zumindest in der Form, wie sie bislang praktiziert wurde, der BRD keine Vorteile mehr verschafft.

Zieht man W. Brandts Äußerungen zugunsten einer Ausweitung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen in Betracht, ist es nicht ausgeschlossen, dass mit der Zeit die Frage über seine Reise nach Moskau aufkommen kann. Dabei gilt es natürlich im Auge zu behalten, dass Brandt einen solchen Schritt wohl kaum vor seinen Reisen in die USA und nach Frankreich unternehmen wird.

Es ist durchaus wahrscheinlich, dass es anfangs um UdSSR-Besuche von Außenminister Scheel und Wirtschaftsminister Schiller gehen wird. Anlässe für solche Reisen könnten der Beitritt der BRD zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen oder die Unterzeichnung von Abkommen zu wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Fragen sein. Grundsätzlich ist es sinnvoll, die Frage über derartige Besuche im Falle des Vorliegens einer Anfrage der westdeutschen Seite positiv zu prüfen, v. a. mit Blick auf eine Einflussnahme auf die Position der neuen Regierung. Aus den gleichen Gründen ist es erforderlich, die Kontakte mit Vertretern der Regierung und der politischen Parteien sowohl über die sowjetische Botschaft in Bonn als auch über unsere Außenhandelsorganisationen erheblich auszuweiten.

4. Der Amtsantritt der Regierung Brandt löste in den USA, in Frankreich und England unterschiedliche Reaktionen aus.

a) Für die Nixon-Administration, die von einem Sieg von CDU/CSU ausgegangen war, kam der Machtverlust dieses Parteienblockes überraschend. Der eilig vorgebrachte Glückwunsch an Kiesinger zum „Wahlerfolg“ erschwerte ein wenig den persönlichen Kontakt zwischen Nixon und Brandt, wobei der US-Präsident gegenwärtig den Versuch unternimmt, die begangene Fehleinschätzung durch betonte Zuwendung zum neuen Kanzler auszubessern.

Insgesamt kann man die Einstellung der USA gegenüber den in der BRD erfolgten Änderungen als abwartend und aufmerksam beobachtend charakterisieren. Neben der Betonung der „Notwendigkeit von Kontinuität“ in der Politik Bonns trifft man in amerikanischen Kommentaren häufig auf die Meinung, dass die im Vergleich zum bisherigen Kurs flexiblere und teils von Ballast extremster und unrealistischer Forderungen befreite Politik Brandts für den Westen nützlich sei und sie dessen Haltung überzeugender und aktiver erscheinen lasse.

b) Gewisse Sorge bezüglich der Bildung der Regierung Brandt gab es in den Reaktionen der Regierungskreise Frankreichs. In Paris rechnet man v. a. mit der Möglichkeit, dass die BRD das Interesse an der Entwicklung „besonderer“ Beziehungen mit Frankreich verliert und das Land seine Haltung in der Frage der Aufnahme Englands in den „Gemeinsamen Markt“ ändert. Mit gewisser Eifersucht begegnet man in Paris den Aussagen Brandts über die Absicht, die Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zu verbessern. Die Franzosen befürchten, dass eine solche Entwicklung der Ereignisse zu einer Einengung der Möglichkeiten Frankreichs in seiner Rolle als „Vermittler“ zwischen der BRD und Osteuropa führt und den französischen Einfluss in Bonn schwächt. Gleichzeitig wird betont, dass die steigende Konkurrenz durch die BRD auf den Märkten der sozialistischen Länder dem französischen Handel mit diesen Ländern zusätzliche Schwierigkeiten bereiten könnte. Objektiv betrachtet werden diese Faktoren Frankreich jedoch wohl dazu anhalten, eine noch prononciertere Politik der Kontakte mit der Sowjetunion und mit den anderen sozialistischen Ländern Europas zu betreiben.

c) Die wohlwollendsten Reaktionen auf die Wahl Brandts zum Kanzler zeigen sich seitens der englischen Regierung, die der Meinung ist, dass die Ähnlichkeit der Ansichten Wilsons und Brandts in einer Reihe wichtiger außenpolitischer Fragen sowie die engen Kontakte zwischen Labouristen und der SPD neue Horizonte für die Ausweitung der anglo-westdeutschen Beziehungen eröffne. Die Regierung Wilson hofft, dass die BRD England nunmehr praktische Unterstützung in der Frage des Beitritts zum „Gemeinsamen Markt“ zukommen lässt.

II.

1. Im Zusammenhang mit dem Amtsantritt der neuen Regierung der BRD ergibt sich für uns die Frage, wie die neue Lage zur Lösung einer Reihe aktueller, vom ZK der KPdSU an die sowjetische Außenpolitik herangetragen Aufgaben und für eine weitere Stärkung der internationalen Positionen des Sozialismus genutzt werden kann.

Unter Beibehaltung unserer prinzipiellen Forderungen ist es zielführend, die politische, diplomatische und propagandistische Tätigkeit in eine Richtung zu lenken, die Bonn zu einer möglichst tiefgehenden Neubewertung des außenpolitischen Kurses stimuliert.

Es ist unbedingt zu berücksichtigen, dass die Opposition in Gestalt von CDU und CSU Widerstand gegen all jene Schritte der Regierung Brandt an den Tag legen wird, in denen sie eine Abkehr von den bisherigen verknöcherten Einstellungen erkennt; zudem wird sie eine nationalistische Psychose entfachen.

Letztendlich werden wir mehr davon haben, wenn wir im Zuge der Kontakte mit der neuen Regierung der BRD diese zunächst zu Erörterungen all jener Fragen unserer bilateralen Beziehungen und der gesamteuropäischen Zusammenarbeit bewegen, für die sich Lösungen finden lassen, ohne den offiziellen Positionen beider Seiten Schaden zuzufügen.

2. Die in der BRD entstehende Lage verringert freilich nicht die Notwendigkeit, den konsequenten und entschlossenen Kampf gegen revanchistische, militaristische und neonazistische Kräfte in diesem Land fortzusetzen. Es gilt ebenfalls den möglichen Versuchen der Regierung Brandt, nationalistische Strömungen anzuheizen, in entsprechender Form Widerstand zu leisten; und auch bei den Aktivitäten revanchistischer und militaristischer Organisationen oder gegenüber der Sowjetunion feindseligen Aktionen darf keine Nachsicht geübt werden. Dabei ist es zielführend, wenn es durch Fakten gerechtfertigt ist, den Schwerpunkt unserer Kritik weg von der Regierung hin auf reaktionäre, sich rund um die CDU/CSU und die NPD gruppierende Kreise zu übertragen. Darüber hinaus ist es erforderlich, dem Kampf progressiver Kräfte in Westdeutschland in der sowjetischen Propaganda (Presse, Radio und Fernsehen) größere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

3. Unter den konkreten Fragen, bei denen in nächster Zeit Fortschritte in eine für uns wünschenswerte Richtung erzielt werden können, verdienen folgende die größte Aufmerksamkeit: Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, Fortsetzung des Meinungs-austausches über den Gewaltverzicht, Vorbereitung zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz, Abbau der Spannungen in und um Westberlin, bilaterale sowjetisch-westdeutsche Beziehungen.

a) Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen

Brandt berichtete offiziell von der Bereitschaft, den Vertrag nach Klärung einer Reihe von Fragen mittels Kontaktaufnahme mit den USA und der Sowjetunion zu unterzeichnen. Gemäß Beschluss des ZK der KPdSU wurde bezüglich der sowjetischen Haltung zur friedlichen Nutzung von Kernenergie, zur Resolution des Sicherheitsrates über Garantien für atomfreie Staaten und zu den Kosten für die Umsetzung der vertraglich vorgesehenen Kontrolle eine Antwort erteilt.

Es ist sinnvoll, eine Lösung der Frage über die Teilnahme der BRD am Vertrag über die Nichtverbreitung zu forcieren. Dabei ist in den Kontakten mit der Bonner Regierung und auch in den Gesprächen mit Vertretern der USA und Englands der Fokus darauf zu legen, dass in den Augen der Sowjetunion nicht so sehr dem formalen Akt des Unterzeichnens durch die westdeutsche Seite prinzipielle Bedeutung zukommt, sondern, und dies gilt auch für die BRD, vielmehr dem Inkrafttreten dieses Vertrages und folglich seiner Ratifizierung. Indem sie sich auf diesen Vertrag berufen, könnten sich die sozialistischen Länder effizienter gegen die Versuche der BRD stemmen, über Umwege an Kernwaffen zu gelangen, darunter auch durch die Schaffung sogenannter „europäischer Atomkräfte“.

Zieht man sämtliche Umstände in Betracht, könnte es derartige Versuche auch in der Zukunft geben. Es versteht sich, dass die Sowjetunion die Frage des Zugangs der BRD zu Massenvernichtungsmitteln unter besonderer Kontrolle halten muss.

b) Gewaltverzicht:

Die neue Regierung der BRD hat die Absicht, in baldiger Zukunft in entsprechende Verhandlungen mit der Sowjetunion zu dieser Frage einzutreten. Brandt misst der Erzielung einer Übereinkunft über den Gewaltverzicht große Bedeutung bei, indem diese de facto einer provisorischen Friedensregelung gleichgesetzt wird, die in gewissem Maße das Fehlen eines deutschen Friedensvertrages kompensieren würde und sich auf diese Weise zu einer politischen Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten entwickeln könnte. Er spricht davon, dass ein Verzicht auf die Anwendung von Gewalt von seinen praktischen Folgen her gleichbedeutend mit der Anerkennung des gegenwärtigen territorialen Status quo in Europa sei, auf dem v. a. die sozialistischen Länder beharren würden.

Den Umfang ihrer Zugeständnisse wird die Bundesrepublik zweifellos daran knüpfen, wie weit man ihr in Fragen über die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entgegenkommt; des Weiteren auch an die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der wirtschaftlichen und einer Reihe anderer Verbindungen der BRD mit Westberlin, an den Verzicht der UdSSR auf das Recht auf einseitige Einmischung in die Angelegenheiten der BRD sowie auch an unsere Bereitschaft zu flexibleren Formulierungen, die der westdeutschen Seite die Möglichkeit bieten, den Eindruck zu vermeiden, dass sie kapituliere.

Sofern man die Position der neuen Regierung der BRD beurteilen kann, beabsichtigt sie, gleichzeitig in mehrere Richtungen aktiv zu werden: neben der Sowjetunion ist auch ein Meinungsaustausch mit Polen zu dieser Frage [Gewaltverzicht] geplant (im Zusammenhang mit dem Vorschlag von Gen. Gomulka über die Oder-Neiße-Grenze), mit der DDR und, dies kann nicht ausgeschlossen werden, auch mit anderen sozialistischen Ländern. Im Falle einer mangelnden Koordination beim Vorgehen der sozialistischen Staaten erhielte die westdeutsche Seite die Möglichkeit für zusätzliche Manöver in den Verhandlungen mit den jeweiligen Partnern.

Die Regierung der BRD wird die Sache augenscheinlich dahingehend anlegen, dass Fragen zur Oder-Neiße-Grenze, über die Westgrenze der DDR und das Münchner Abkommen zum Gegenstand entsprechender Erörterungen mit den Polen, den Ostdeutschen und mit den Tschechoslowaken werden.

In der Frage eines Gewaltverzichts ist folgende Position zu beziehen:

Es gilt, mit der Regierung der BRD in bilaterale Verhandlungen zu einem gesamten Komplex an Fragen einzutreten, die im Zusammenhang mit dem Vorschlag über den Gewaltverzicht aufgeworfen wurden, und so zumindest die Grenzen möglicher westdeutscher Zugeständnisse auszuloten; versuchen, diese Zugeständnisse in der einen oder anderen Form zu fixieren. Der zentrale Faktor in diesen Verhandlungen hat auf jeden Fall die Einstellung der BRD zu den gegenwärtig existierenden Grenzen in Europa zu sein. Ein Abkommen zu dieser grundlegenden Frage zu erreichen würde in vielerlei Hinsicht eine generelle Übereinkunft über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern Europas in die Wege leiten.

In ihren der Sowjetunion übermittelten Entwürfen der Erklärungen vom 3. Juli d. J. zeigte die Regierung der BRD schon ihre Bereitschaft, „niemals eine Änderung der bestehenden Grenzen der Bundesrepublik Deutschland mithilfe gewaltsamer Mittel zu bezwecken“, und sie ließ auch wissen, dass die BRD „gegenüber niemandem Gebietsansprüche erhebt“.

In der derzeitigen Form bedeutet der Verzicht der BRD „auf Gebietsansprüche“ den sozialistischen Ländern nur wenig, weil es kein vertragliches Schriftstück gibt, das in allgemeingültiger, völkerrechtlicher Form die gegenwärtigen deutschen Grenzen festschreiben würde. Aus diesem Grund behauptet die BRD, dass Deutschland in den Grenzen von 1937 bestehen würde. Wenn jedoch der Verzicht auf Gebietsansprüche direkt mit einer klaren Absage Bonns verbunden wäre, alle Deutschen zu vertreten, würden die von der westdeutschen Seite bereits vorgeschlagenen Formulierungen einen anderen Sinn erhalten. Denn dann würde es um das eigentliche Staatsgebiet der BRD gehen, deren Grenzen in den Pariser Verträgen aus dem Jahre 1954 festgelegt wurden. In einem

solchen Fall könnte sich die sowjetische Seite bezüglich der Grenzen zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einer Formulierung folgender Art zufriedengeben:

„Die BRD erkennt an und achtet den bestehenden territorialen Status quo in Europa und verpflichtet sich, niemals eine Änderung der gegenwärtigen Grenzen der BRD zu bezwecken sowie territoriale Ansprüche gegenüber anderen Staaten zu erheben.“

Was die Frage des Verzichts der BRD auf Kernwaffen angeht, die wir auch im Zusammenhang mit dem Meinungs austausch über den Gewaltverzicht stellen, könnte – wie bereits zuvor festgehalten wurde – diese Frage mit dem Beitritt der BRD zum Vertrag über die Nichtverbreitung teilweise gelöst werden.

Die Frage über die Anerkennung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens ex tunc wurde unsererseits ebenfalls mit dem Gewaltverzicht verknüpft. Offensichtlich zieht es die Regierung Brandt vor, diese Frage mittels eines entsprechenden einseitigen Aktes oder im Rahmen der Kontakte mit der Regierung der ČSSR zu lösen. Für die Sowjetunion wäre ein solcher Lösungsansatz annehmbar, wenn die tschechoslowakischen Freunde einverstanden sind. Aber solange diese Frage nicht gelöst ist, müssen wir gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern die Regierung Brandt in entsprechender Form damit konfrontieren.

Aus taktischen und nur aus taktischen Überlegungen wäre es derzeit vorteilhaft, falls die BRD ihre aggressive Politik wieder aufnimmt, unser Recht auf Einmischung in die Angelegenheiten der BRD nicht hervorzuheben (Art. 53 und 107 der UN-Charta).

Die Erwägungen im Zusammenhang mit dem Gewaltverzicht, welche die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und Westberlin betreffen, werden in den Kapiteln III und IV dargelegt.

c) Einberufung einer europäischen Konferenz: Gegenwärtig kann von einer schrittweisen Einbeziehung der BRD in die Vorbereitung der Konferenz ausgegangen werden. Da Brandt jedoch diese Frage nicht zu den vordringlichsten zählt, wird er sich v. a. an den Positionen der USA, Englands und Frankreichs orientieren.

Diese Linie der neuen Regierung hängt damit zusammen, dass eine gesamteuropäische Konferenz zur Festigung des Status quo in Europa beitragen und indirekt die Lage der Deutschen Demokratischen Republik stabilisieren würde. Andererseits kann es sich die Regierung der BRD aber auch nicht leisten, in europäischen Angelegenheiten weiterhin blockierende Positionen an den Tag zu legen, da sie damit ernst zu nehmende politische Kosten auf sich nimmt und dies unter Bedingungen, wenn andere westeuropäischen Staaten die BRD nicht nur nicht unterstützen, sondern diese Vorgehensweise sogar ablehnen.

Es empfiehlt sich, mit der Regierung Brandt in größerem Umfang Beratungen zu aktuellen internationalen Fragen durchzuführen und diese zu Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern außerhalb der NATO hinzuzuziehen. Es wäre nützlich, Brandt unsere Haltung zu Fragen der europäischen Sicherheit und der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz ausführlich darzulegen, und dabei den Akzent auf die Bereitschaft der Sowjetregierung zu legen, die Beziehungen mit der BRD auf der Grundlage von Gleichheit und gegenseitiger Achtung der Interessen bei der Lösung aller Fragen aufzubauen, die mit dem Abbau der Spannungen in Europa, der Aufrechterhaltung einer friedlichen Lage in dieser Region sowie mit der Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und der guten Nachbarschaft zwischen allen Staaten im Zusammenhang stehen.

d) Die sowjetisch-westdeutschen bilateralen Beziehungen

Im Zuge des Wahlkampfes hat Brandt bereits bestimmte politische Verpflichtungen auf sich genommen, welche die Ausweitung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen betreffen, und es liegt nunmehr an ihm, breiten Bevölkerungsschichten⁴ zu beweisen, dass seine Versprechen erfüllt werden. Dadurch ergeben sich einige Bedingungen für die Umsetzung einer Reihe konkreter Schritte

⁴ Im Original: den Massen.

zur Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern, was insbesondere den wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Sektor betrifft.

Wirtschaftsbeziehungen: Prinzipiell bestehen weitreichende Möglichkeiten zur Ausweitung des Handels, zum Austausch von Lizenzen, zur gemeinsamen Ausarbeitung wissenschaftlich-technischer Fragestellungen u. Ä. Die Märkte der sozialistischen Länder Europas und insbesondere jene der Sowjetunion gelten in Wirtschaftskreisen der BRD als jene mit den größten Perspektiven. Die westdeutsche Industrie zeigt ihrerseits auch Interesse am Erhalt bestimmter sowjetischer Rohstoffe und Halbfabrikate sowie auch von technischem Wissen, um ihre Positionen im Kampf mit der amerikanischen, englischen, französischen und japanischen Konkurrenz zu stärken.

Der Handel zwischen der UdSSR und der BRD entwickelte sich in den letzten Jahren zufriedenstellend. Es wird erwartet, dass der Warenumsatz zwischen der UdSSR und der BRD im Jahre 1969 mehr als 450 Millionen Rubel betragen und sich knapp an das Niveau unseres Handels mit Finnland und Frankreich annähern wird. Die Regierungsorgane der BRD legten der Unterhaltung von direkten Kontakten mit westdeutschen Firmen keine größeren Hindernisse in den Weg.

Die Möglichkeit des Abschlusses eines langfristigen Handelsabkommens wurde bereits von der Vorgängerregierung der BRD zur Sprache gebracht. Es ist zu erwarten, dass die Regierung Brandt ein größeres Interesse an dieser Frage an den Tag legen und bemüht sein wird, deren Erörterung in die Tat umzusetzen.

Man sollte die entsprechenden Sondierungen Bonns zustimmend beantworten oder unter entsprechenden Bedingungen selbst die Frage über den Abschluss eines Handelsabkommens aufwerfen. Dies wird die Ehrlichkeit der Absichten Bonns anhand einer konkreten Faktenlage zu erkennen geben. Dabei muss man weiterhin auf der Aufhebung diskriminierender Beschränkungen im Handel mit der UdSSR, auf der Beseitigung wegen der „Schutzmaßnahmen“ des „Gemeinsamen Marktes“ entstandenen Probleme und auf der Gewährung von gleichen Bedingungen, wie sie für andere Länder gelten, für den Absatz unserer Produkte in der BRD beharren. Angesichts dessen, dass im Jahre 1970 eine Bestimmung in Kraft treten soll, gemäß der die Länder des „Gemeinsamen Marktes“ keine bilateralen Verträge mit Drittstaaten abschließen können, wäre es wünschenswert, dass das neue Handelsabkommen mit der BRD analog zum sowjetisch-französischen Handelsvertrag für einen möglichst langen Zeitraum abgeschlossen wird.

Die Erzielung einer Übereinkunft über die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die BRD kann eine große Bedeutung haben. Dabei geht es um den Abschluss eines Vertrages, der zwei Jahrzehnte gültig wäre und der die Volkswirtschaft der BRD in einem derart wichtigen Sektor wie der Energieversorgung bis zu einem gewissen Grad von der Sowjetunion abhängig machen würde. Mit Lieferungen aus der Sowjetunion hängt auch die Umrüstung einiger Zweige der Chemieindustrie der BRD auf neue Rohstoffquellen zusammen, was große Investitionen erfordern wird. Infolgedessen werden westdeutsche monopolistische Kreise (die mächtigen Konzerne „Ruhrgas“, „Thyssen“, „Mannesmann“ u. a.), denen der Gasvertrag Vorteile bringen wird, auf die Bonner Regierung wohl dahingehend einwirken, keine Schritte zu unternehmen, die in sich die Gefahr einer Zuspitzung der Beziehungen mit der Sowjetunion bergen.

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit: Gegenwärtig geschieht der wissenschaftlich-technische Austausch mit der BRD auf der Grundlage von Übereinkünften mit einzelnen Großkonzernen, wobei er insgesamt gesehen kleinere Dimensionen hat als die Zusammenarbeit mit Frankreich oder England. Inzwischen bemüht man sich auch auf Seiten westdeutscher Industrieverbände um eine engere Kontaktpflege mit der Sowjetunion bis hin zur Durchführung gemeinsamer wissenschaftlicher Studien, zur Erarbeitung technologischer Prozesse und deren Nutzung in der Produktion sowie zum Bau gemeinsamer Unternehmen zur Herstellung einzelner Produktarten auf hohem internationalen Niveau.

Es wäre zielführend, entsprechend den Abkommen mit Frankreich und Italien auch mit der BRD den Abschluss eines Regierungsabkommens anzustreben, was eine ausreichend stabile Rechtsbasis für eine langfristige Zusammenarbeit auf diesem Gebiet gewährleistet.

Eine gewisse Aufmerksamkeit verdient die Analyse der Organisationsstruktur der westdeutschen Industrie und Landwirtschaft, die sich von vielen Konkurrenten durch ihre Wirtschaftlichkeit und Rationalität unterscheiden. In der Bundesrepublik wurden in den letzten Jahrzehnten enorme Erfahrungen bei der Implementierung wissenschaftlicher Entdeckungen in der Industrie, bei der Nutzung ausländischer Patente und Lizenzen, bei der Erneuerung des Grundkapitals und bei der Aufrechterhaltung einer hohen wirtschaftlichen Konjunktur angehäuft.

Über die Herstellung einer direkten Flugverbindung zwischen der BRD und der UdSSR: Die diesbezüglichen Vorschläge des Außenministeriums und des Ministeriums für Zivilluftfahrt werden dem ZK der KPdSU gesondert vorgelegt.

Über die gegenseitige Eröffnung von Konsulaten auf dem Staatsgebiet der BRD und der UdSSR:

Diese Frage wurde von der westdeutschen Seite eingebracht.

Wir sollten Gespräche mit der Regierung der BRD aufnehmen. Die sowjetischen Konsulate in Hamburg oder Kiel würden es ermöglichen, die konsularische Betreuung der Besatzungen sowjetischer Schiffe sicherzustellen, die in großer Zahl in Häfen der BRD einlaufen (mehr als 600 Schiffe jährlich), und in erster Linie jener Schiffe, die zu Reparaturzwecken für längere Zeit in westdeutschen Docks liegen. In diesem Fall könnte der Bundesrepublik die Möglichkeit eingeräumt werden, ein Konsulat in Leningrad zu eröffnen.

Zugleich wäre es sinnvoll, gegenüber der BRD die Errichtung einer Vertretung der Baltischen Schifffahrtsgesellschaft und der „Sovfracht“ sowie die Eröffnung einer Vertretung westdeutscher Reeder in Leningrad, wo jährlich bis zu 300 Schiffe aus der BRD anlegen, zur Sprache zu bringen. Gegenwärtig werden die Frachtoperationen von Mitarbeitern der „Sovfracht“ in Hamburg durchgeführt, die ihren Dienst als Privatpersonen versehen.

Über ein Informationsbulletin der Botschaft der BRD in Moskau:

Die Regierung der BRD wirft bereits seit längerer Zeit die Frage der Herausgabe eines solchen Bulletins auf der Grundlage von Gegenseitigkeit auf. Die sowjetische Botschaft in Bonn gibt die Informationszeitschrift „Die Sowjetunion heute“ mit einer Auflage von 30.000 Stück heraus. Es wäre sinnvoll, diese Frage unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage erneut zu erörtern.

III.

Es steht außer Zweifel, dass das Hauptziel der von der neuen Regierung vorgenommenen Änderungen des außenpolitischen Kurses der BRD in erster Linie darin liegt zu versuchen, mithilfe flexiblerer Formen und neuer Methoden den Prozesses der Abgrenzung zwischen den beiden deutschen Staaten zu beenden, die Kontakte zwischen ihnen in allen Lebensbereichen aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit auszuweiten, um damit den Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Festigung ihrer außenpolitischen Positionen zu erschweren sowie die Beziehungen der DDR mit den verbündeten sozialistischen Ländern zu schwächen.

Der von der Regierung Brandt angepeilte Kurs stützt sich nicht nur auf die großen potenziellen Möglichkeiten der BRD, sondern berücksichtigt auch einige Prozesse, die tatsächlich in der DDR stattfinden. In Bonn versucht man, die Inkonsequenz und das Zögern zu nutzen, die von der DDR in der nationalen Frage an den Tag gelegt werden. Vieles, darunter auch der Entwurf einer Erklärung, der von Gen. Ulbricht am 30. Oktober d. J. zwecks Abstimmung mit dem ZK der KPdSU zugesandt wurde, spricht dafür, dass es in der Führung der DDR bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine einheitliche Sichtweise in dieser Frage gibt. In den Kreisen der Intelligenz und bei einem Teil der Arbeiter und Bauern der Republik trifft man auf vereinfachte und nicht klassenbezogene Vorstellungen über eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Es ist ganz offensichtlich, dass – sollten derartige Ansichten nicht auf den gebührenden Widerstand seitens der SED treffen –, diese

eine ernsthafte Gefahr darstellen und zum Anwachsen nationalistischer Strömungen führen können. Davon zeugt die für das ZK der SED unglücklich verlaufene Erfahrung eines „Dialogs“ mit den Sozialdemokraten zu „innerdeutschen Fragen“ 1966.

Die von Brandt zur nationalen Frage dargelegte Konzeption steht in einer Reihe von Ausgangspunkten jenen Ansichten nahe, die gelegentlich von der DDR-Führung zum Ausdruck gebracht werden, – die These von zwei deutschen Staaten einer geeinten deutschen Nation, vom „besonderen“ Charakter der Beziehungen zwischen diesen, die These, dass die „BRD für die DDR kein Ausland ist“ u. Ä. Viele Fragen der praktischen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD werden bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auf einer gewöhnlichen völkerrechtlichen Grundlage, sondern auf einer sogenannten innerdeutschen Grundlage behandelt.

Bei allen Spannungen in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, die nicht selten nach außen überschwappen, sind beide deutschen Staaten weiterhin durch lebhaft wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und andere Bande miteinander verbunden. Weitreichende und ununterbrochene Kontakte werden zwischen der Bevölkerung der DDR und der BRD unterhalten: jährlich besuchen rund 3 Millionen Westdeutsche und Westberliner die DDR.⁵

Einen besonders wichtigen Platz im System der genannten Verbindungen nimmt der sogenannte „innerdeutsche Handel“ ein, der ohne Zölle zu für die DDR vorteilhaften Binnenpreisen abgewickelt wird – ganz so, als würde es sich um ein einheitliches Staatsgebiet handeln. Daher nimmt die DDR im Handel mit der BRD und dadurch auch im Handel mit den Ländern des „Gemeinsamen Marktes“ eine im Vergleich mit den anderen sozialistischen Staaten privilegierte Position ein und ist direkt an seiner Aufrechterhaltung und Ausweitung interessiert. Für die BRD ist der „innerdeutsche Handel“ nicht so sehr hinsichtlich der Bekämpfung der westlichen Konkurrenten bedeutsam, sondern als Mittel der wirtschaftlichen Anbindung der DDR und der politischen Einflussnahme auf das Land.

Die monopolistischen Gruppierungen der BRD lassen sich auf die Aufhebung der Reglementierung im Handel mit der DDR ein, sie vergeben Kredite und schlagen unterschiedliche Varianten einer industriellen Kooperation mit Garantien für die Umsetzung gemeinsamer Projekte auf internationalem wissenschaftlich-technischem Niveau vor, in der Hoffnung die „übermäßige“ Orientierung der DDR auf die Sowjetunion zu stören.

Nominell ist der Anteil der BRD am Außenhandelsvolumen der DDR gering – rund 10 Prozent. Jedoch bringt diese Zahl nicht das tatsächliche Ausmaß der wirtschaftlichen Anbindung der DDR an Westdeutschland zum Ausdruck. Denn bei einer Umrechnung auf Weltmarktpreise erweist sich der Handelsvolumen zwischen der DDR und der BRD als deutlich größer, aber v. a. ist wichtig, dass die Westdeutschen ihre Aufmerksamkeit auf strukturbestimmende Industriezweige der DDR legen, zu denen der Maschinenbau, die Elektrotechnik, Elektronik, Chemie und der Schiffsbau zählen.

Anscheinend hat der Handel zwischen der DDR und der BRD ein Ausmaß erreicht bzw. sich einer Grenze angenähert, deren Überschreiten folgenschwere und unerwünschte politische Konsequenzen nach sich ziehen würde. Bereits heute erfahren die deutschen Freunde wirtschaftlichen Druck seitens der BRD und sind gezwungen, zu manövrieren und mitunter Zugeständnisse in politischen Fragen einzugehen, wie dies etwa bei der Zuspitzung der Lage rund um Westberlin im März d. J. der Fall war. Bezeichnend ist auch, dass sie uns unvollständig über die Entwicklung ihrer Verbindungen und Kontakte mit der BRD informieren. Die Freunde stellten uns im Dezember 1968 im Grunde vor die vollendete Tatsache, dass sie mit der BRD ein langfristiges Handelsabkommen abgeschlossen hatten, dessen Inhalt und Bedeutung weit über den wirtschaftlichen Rahmen hinausreicht. Es gibt begründete Annahmen dafür, dass die DDR beim Abschluss dieses für sie vorteilhaft-

⁵ Fußnote im Text: „Im Jahr 1967 wurde die DDR von 3,5 Millionen Menschen aus der BRD und aus Ostberlin besucht. 1968 lag diese Zahl bei 2,8 Millionen Menschen. Auf Verkehrswegen der DDR reisten im Jahre 1968 aus der BRD nach Westberlin und zurück insgesamt 11,1 Millionen Menschen.“

ten Abkommens bestimmte Verpflichtungen über die Sicherstellung eines lückenlosen zivilen Transits auf den Verkehrswegen zwischen der BRD und Westberlin auf sich nahm.

Zieht man all diese Umstände in Betracht, erscheint es unumgänglich, folgende Schritte zu setzen:

1. Einen Meinungsaustausch mit den Freunden bezüglich der zielführendsten und den gegenwärtigen Bedingungen am ehesten entsprechenden Linie in der deutschen nationalen Frage durchzuführen. In den von den deutschen Freunden am 21. November d. J. überreichten Unterlagen ist neben dem häufig gebrauchten Begriff „deutsche Nation“ auch von der Schaffung einer „sozialistischen Gemeinschaft der Menschen“ in der DDR die Rede. Eine ähnliche Begrifflichkeit beinhaltet auch die Rede von Gen. Ulbricht bei der internationalen Konferenz Kommunistischer und Arbeiterparteien in Moskau sowie die gemeinsame Erklärung der Sowjetunion und der DDR vom 14. Juli 1969. Man könnte sich dahingehend äußern, dass die deutschen Freunde, sollten sie damit einverstanden sein, diese Idee in ihrer Propaganda stärker akzentuieren. Als Gegengewicht zu den politischen Spekulationen Brandts über die sogenannte Einheit der deutschen Nation gilt es unbedingt darauf zu verweisen, dass die deutsche Nation durch den Imperialismus gespalten wurde. Ein weiteres Abrücken von der These über die Einheit der deutschen Nation ist für die Freunde kein leichtes Unterfangen, weil der Status der DDR als ein „Staat deutscher Nation“ in der Verfassung von 1967 festgeschrieben wurde. Aber anders wird es schwierig sein, eine tatsächliche Abgrenzung zwischen den zwei deutschen Staaten und die Herstellung völkerrechtlicher Beziehungen zwischen ihnen auf allen Gebieten zu erreichen, und eine konsequente Umsetzung dieser Linie in allen Gliedern des Partei- und Staatsapparates sicherzustellen.

All dies würde helfen, die Illusionen über die Möglichkeit einer Vereinigung oder eines Zusammenwachsens der zwei deutschen Staaten in naher Zukunft zu zerstreuen und den klassenbezogenen Inhalt der Frage einer Vereinigung der zwei deutschen Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung besser zu verstehen.

2. Die deutschen Freunde erachten es als notwendig, die Vorschläge Brandts hinsichtlich der Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten nicht unbeantwortet zu lassen. Ein bloßes Wiederholen der früheren Position der DDR, die de facto die Möglichkeit von Verhandlungen ausschloss, könnte in der gegenwärtigen Lage der Führung der SED innerhalb der DDR und im Ausland erheblichen Schaden zufügen.

Offensichtlich sollte man die Absicht der deutschen Freunde, in Fragen der Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten eine aktive Angriffslinie zu erarbeiten, unterstützen. Die Aufgabe liegt dabei darin, all jene Elemente der Ostpolitik Bonns bestmöglich zu neutralisieren, die ihre Speerspitze gegen die Interessen der DDR und der anderen sozialistischen Länder richten, und zugleich die politische Initiative auf einem für die deutschen Freunde überaus wichtigem Gebiet zu ergreifen.

Die von den Freunden aufgeworfene Idee über den Abschluss eines Vertrages mit der BRD, der die allgemeinen Prinzipien der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten festschreiben würde, könnte einige negative Folgen nach sich ziehen, wenn man diese Idee nicht an die Erfüllung von Vorbedingungen durch die BRD knüpft. Eine ähnliche Idee brachte auch die Führung der BRD ins Spiel, die in den Verhandlungen über die „Regelung“ der Beziehungen mit der DDR einen für den westdeutschen Imperialismus nützlichen Kanal der Einflussnahme auf die politische Lage in der Republik sieht. Brandt und seine Regierung werden sich natürlich nicht auf Erörterungen jener Fragen beschränken, welche die Freunde im Zusammenhang mit dem Vertrag nennen werden, sondern sie werden vielmehr versuchen, den Verhandlungen eine Richtung zu verleihen, die die Freunde in eine schwierige Lage versetzen und einen Anstieg bourgeois-nationalistischer Strömungen in der DDR hervorrufen könnte, was v. a. dann möglich wäre, wenn die Vorschläge der Freunde zum Vertragsinhalt nicht aufs engste mit den Bündnisverpflichtungen der DDR gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern verknüpft werden.

Ebenso gilt es zu berücksichtigen, dass die deutschen Freunde durch die Aufnahme der Verhandlungen mit der Regierung Brandt über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auch dem in einer Reihe von sozialistischen Ländern zu beobachtenden Bemühen, in Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD einzutreten, zusätzlichen Antrieb verleihen werden.

In diesem Zusammenhang könnte man den Freunden raten, in etwa folgende Ausgangshaltung einzunehmen:

Die Regierung der DDR gibt eine Erklärung über ihre Bereitschaft ab, mit der Regierung der BRD auf der Ebene der Außenminister oder der Regierungschefs offizielle Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu führen.

Die Regierung der DDR erachtet derartige Verhandlungen nur in dem Falle als möglich, wenn sie auf der Basis bedingungsloser Anerkennung der Prinzipien von souveräner Gleichheit, der Eigenständigkeit des jeweiligen [Verhandlungs-]Partners und der Unzulässigkeit von Einmischungen in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen geführt werden. Dies setzt voraus, dass die Regierung der BRD bereits vor Verhandlungsbeginn und in bindender Form eine Erklärung über den Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen und auf die Praxis des Diskriminierens der DDR auf internationaler Ebene (Absage an die Hallstein-Doktrin) abgibt und ihre Bereitschaft bekundet, die Beziehungen mit der DDR auf der Grundlage der allgemein anerkannten Normen des internationalen Rechts zu errichten.

Diese Forderungen, die es sich im Namen der DDR als Vorbedingungen für die Verhandlungen auszusprechen empfiehlt, könnte Brandt vor der Welt- und selbst vor der deutschen Öffentlichkeit nur schwerlich als solche darstellen, die von der gewöhnlichen Praxis der Beziehungen zwischen unabhängigen Staaten abweichen. Wenn Brandt diese Forderungen dennoch ablehnt, würde sich die Haltlosigkeit seiner Vorschläge bezüglich der Beziehungen mit der DDR offenbaren, und die Wirkung dieser Vorschläge auf die Bevölkerung beider deutscher Staaten wäre weitestgehend unterbunden.

Was den Inhalt des Vertrages über die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD betrifft, so ist dabei neben den Bestimmungen, welche die eigentlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf den allgemein anerkannten völkerrechtlichen Prinzipien der Gleichberechtigung, der Wahrung der Souveränität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der territorialen Integrität regeln, auch unbedingt die Aufnahme der in der internationalen Praxis üblichen Bestimmungen über die Unumstößlichkeit der Einhaltung geltender internationaler Abkommen durch die Vertragspartner vorzusehen (Warschauer Vertrag, der Vertrag zwischen der UdSSR und der DDR von 1964 u. a.). Im Vertrag sollten keine Bestimmungen enthalten sein, die den „besonderen Charakter“ der Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten festschreiben.

Es ist vorstellbar, dass die Regierung der BRD der Aufnahme von Verhandlungen zustimmen, aber den von den Freunden vorgelegten Vertragsentwurf ablehnen wird. Jedoch wird es ihr nicht möglich sein, all jene Zugeständnisse zurückzunehmen, die sie bis zum Beginn der Verhandlungen im Zuge von deren Vorbereitungen tätigen müsste.

Wenn sich die Regierung der BRD mit den von der DDR aufgestellten Bedingungen einverstanden erklärt, müssten die deutschen Freunde alleine die Tatsache des Stattfindens von Verhandlungen als Anlauf zur Anerkennung der DDR durch nichtsozialistische Staaten nutzen.

Auf jeden Fall behält sich die DDR die Möglichkeit vor, wenn dies durch die Lage gerechtfertigt sein sollte, die Verhandlungen abzubrechen, indem sie sich darauf beruft, dass die Änderungen in der Politik Bonns noch nicht die Kernfragen betreffen und der Zeitpunkt für eine Normalisierung der Beziehungen mit der BRD noch nicht gekommen sei.

Es erscheint zielführend, eine Erklärung der Regierung der DDR über die Verhandlungen mit der BRD zeitlich nicht allzu sehr hinauszuzögern, um den Eindruck zu vermeiden, dass diese Erklärung eine aus der Not heraus entstandene Reaktion und eine Antwort auf wachsenden Druck seitens der

BRD und bestimmter innerer Kräfte in der DDR sei. Es wäre ebenfalls wünschenswert, wenn ein solcher Vorschlag mit der derzeitigen Führung des ZK der SED assoziiert werden würde.

3. Mit den deutschen Freunden ist die Frage über den Handel mit der BRD zu erörtern. Es ist notwendig, von der DDR eine klare Verpflichtung über eine enge Koordination der Wirtschaftspolitik gegenüber der BRD und über die Einhaltung der erforderlichen Proportionen beim „innerdeutschen Handel“ einzufordern. Die deutschen Genossen sind in einer geeigneten Form von der Notwendigkeit zu überzeugen, die KPdSU von weitreichenden Schritten der DDR zur Ausweitung der wirtschaftlichen und anderer Beziehungen mit der BRD im Vorfeld in Kenntnis zu setzen.

IV.

Ein bedeutender Stellenwert in den Beziehungen der UdSSR mit der BRD wird auch in Zukunft der Frage Westberlin zukommen.

Es wäre nützlich, während eines der nächsten Kontakte mit Brandt unsere Ansichten darüber darzulegen, dass es im Interesse beider Seiten liege, Konfrontationen rund um Westberlin zu vermeiden. Es ist zu verstehen zu geben, dass die sowjetische Seite bereit wäre, eine Übereinkunft mit den drei Westmächten einzugehen, welche die Stabilität und Lebensfähigkeit Westberlins unter Beibehaltung des Status der Stadt als weder zur BRD noch zur DDR angehörender Teil sicherstellen würde. In diesem Zusammenhang hat man sich dafür auszusprechen, dass mittels entsprechender Verhandlungen zwischen den vier Mächten und Beratungen mit der DDR eine neue Regelung ausgearbeitet wird, im Rahmen derer es zur Schaffung von Rechtsgarantien auch für die zivilen Verbindungswege dieser Stadt mit der Außenwelt käme, die gegenwärtig von der allgemeinen politischen Lage abhängen. Seitens der BRD würde es in diesem Fall jedoch der entgegenkommenden Bereitschaft bedürfen, die Interessen der Sowjetunion und der DDR zu achten und jene Tätigkeiten in und um Westberlin einzustellen, die mit dem besonderen Status der Stadt unvereinbar sind.

Allen Anzeichen nach wird sich Brandt nicht von politischen Einmischungen in die Angelegenheiten Westberlins lossagen. Sowohl das Bemühen der Sozialdemokraten, diese Stadt weiterhin als eine Zitadelle des Parteieinflusses zu nutzen, als auch die Furcht, einer Kapitulation vor dem Druck der Sowjetunion bezichtigt zu werden, werden dies verhindern. Im besten Fall kann es zu einem gewissen Rückgang der aggressivsten und uns gegenüber feindseligsten Manifestationen der BRD in dieser Stadt und zu einer weniger ausgeprägten Betonung westdeutscher Ansprüche auf Westberlin als Teil des Staatsgebietes der BRD kommen.

Von den Westmächten können neue Versuche erwartet werden, den brisantesten Teil der Frage Westberlin, nämlich den zivilen Zugang, auf die Ebene von Verhandlungen zwischen der BRD und der DDR zu bringen. Die drei Mächte und die BRD rechnen offensichtlich damit, dass die wirtschaftlich vorteilhaften Angebote, welche die Westdeutschen gegenwärtig unterbreiten und dies wohl auch in Zukunft zu tun beabsichtigen, die Haltung der Freunde aufweichen und sie empfänglicher für den Westen machen können.

Weitere konkrete Schritte zu Westberlin, darunter auch solche bezüglich der BRD, sollten nach Erhalt einer Antwort der drei Mächte auf die sowjetische Erklärung zu Westberlin vom 12. September d. J. und nach der Durchführung eines vorläufigen Meinungsaustausches mit den Amerikanern und möglicherweise auch mit den Engländern und Franzosen entsprechend den zuvor von der Instanz bestätigten Direktiven festgelegt werden.

V.

Über die Abstimmung der weiteren Linie der sozialistischen Länder bezüglich der BRD:

In der kommenden Zeit ist mit einem Anwachsen der Aktivitäten der BRD in den die sozialistischen Länder betreffenden Fragen zu rechnen. Dabei wird die größte Aufmerksamkeit – abgesehen von der DDR – Polen, Ungarn sowie auch Rumänien und Jugoslawien gewidmet. In der BRD wird versucht, die in einer Reihe von sozialistischen Ländern vorhandenen Tendenzen zur Absonderung,

zum maßlosen Hervorkehren der eigenen Souveränität und zur Ausnutzung einer günstigen Lage für die Erlangung vorübergehender Vorteile in Umgehung der Interessen und der abgestimmten Position der sozialistischen Gemeinschaft zu befeuern.

Der Bedarf der sozialistischen Länder am Erhalt industrieller Ausrüstung und von Lizenzen am kapitalistischen Markt bei zugleich beschränkten eigenen Gold- und Valutaressourcen sowie von konkurrenzfähigen Valutawaren eröffnet für Westdeutschland wichtige Kanäle für eine Einflussnahme auf diese Länder. Die Entwicklung der Beziehungen der BRD mit den sozialistischen Ländern wird auch begünstigt durch den bedeutenden Anteil deutscher Ausrüstung an den Industrien dieser Länder; durch die große Zahl an qualifizierten Fachkräften, die deutsche Ausbildungen durchliefen oder in Familien mit prodeutschen Traditionen groß wurden; durch die Kürze der Wege und die Kapazität des Marktes der BRD; durch die hohe Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Industrie bei den wichtigsten Parametern. Hinzu kommen die Erfahrungen der DDR, Rumäniens und Jugoslawiens, die mit der BRD aktiv Handel betreiben und auf dem westdeutschen Markt schwer zu beschaffende, den Weltstandards entsprechende Ausrüstung erwerben, für die es auf dem sozialistischen Markt bislang noch keine Äquivalente gibt.

Die Führung der Volksrepublik Polen tendiert, wie einige ihrer Schritte zeigen, zu politischen Verhandlungen mit der BRD (auf der Basis des bekannten Vorschlages von Gen. Gomułka bezüglich der Garantie für die Oder-Neiße-Grenze). In Gesprächen geben polnische diplomatische Vertreter zu verstehen, dass sich ein solches Vorhaben nicht zuletzt durch die Ungewissheit Polens über die weiteren Aktivitäten der DDR erklären lässt, die sich, so die Meinung der Polen, in wirtschaftlichen Verbindungen zu sehr an die BRD annähert und in ihren Kontakten mit den anderen sozialistischen Ländern unehrlich agiert.

Ein gewisses Interesse an einer Ausweitung der Beziehungen mit der BRD bekundet Ungarn. Die Bedingungen der Warschauer Übereinkunft konsequent umsetzend, machen die ungarischen Genossen kein Hehl daraus, dass sie die gegenwärtige Lage als belastend erachten, weil sie zur Eindämmung der für Ungarn vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen mit der BRD führe. Im Falle einer Erörterung der Frage über die weitere Linie bezüglich der BRD werden sie sich höchstwahrscheinlich für einen flexibleren Zugang aussprechen.

Vergleichbare Strömungen, wenn auch mit bestimmten Abstufungen, gibt es in Bulgarien und in der Tschechoslowakei.

Offensichtlich gilt es somit unbedingt, das Bestreben einer Reihe von sozialistischen Ländern zu berücksichtigen, in ihren politischen Beziehungen sowohl mit der BRD als auch mit anderen westlichen Ländern über eine größere „Manövrierfähigkeit“ zu verfügen, wobei dieses Bestreben in der Regel rein wirtschaftlichen Motiven geschuldet ist (beschränkte Möglichkeiten der UdSSR bei der Deckung des Bedarfs an Rohstoffen, Lebensmitteln und anderen Waren, die für die Beibehaltung des hohen Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung benötigt werden).

Es erscheint zielführend, den wirtschaftlichen und politischen Effekt der Wirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Länder mit der BRD und anderen entwickelten kapitalistischen Ländern eingehend zu analysieren, um Schritte unsererseits genauer abwägen zu können. Einer ernsthaften und allumfassenden wirtschaftlichen Analyse bedarf auch das von der Führung der DDR vorgebrachte Argument zugunsten einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit der BRD, um mithilfe dieser Verbindungen den niedrigeren Lebensstandard in der DDR auszugleichen.

Zieht man die gegenwärtige Lage in ihrer Gesamtheit in Betracht, kann mit Sicherheit davon gesprochen werden, dass es einen Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und der Mehrzahl der sozialistischen Ländern Europas gibt. Dabei ist es nicht ausgeschlossen,

dass unter dem Vorwand der veränderten Lage in der BRD seitens der sozialistischen Staaten die Frage über die Vornahme von Korrekturen in der Warschauer Übereinkunft⁶ gestellt werden könnte.

Die Warschauer Übereinkunft spielte und spielt auch gegenwärtig eine wichtige und positive Rolle. Auf ihrer Grundlage erfolgte in den letzten zwei bis drei Jahren ein breiter Vorstoß der sozialistischen Länder in Richtung einer Anerkennung der in Europa herrschenden Realitäten durch Westdeutschland und andere NATO-Mitglieder. Dieser Vorstoß und die in der Nachkriegszeit geleistete Arbeit tragen ihre Früchte. Die Einigkeit der sozialistischen Länder und das feste Beharren derselben auf bestimmten Forderungen trugen zu einer politischen Festigung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, die den Interessen des Sozialismus entsprechen, bei und zur Einsicht im Westen, unter anderem auch in der BRD, dass die in Europa eingetretenen Änderungen unumkehrbar sind.

Es gibt keine überzeugenden Gründe dafür, unsere Haltung zum Kern der in der Warschauer Übereinkunft enthaltenen Forderungen einer Revision zu unterziehen. Diese Forderungen müssen als unser Aktionsprogramm, sowohl bei der Lösung der aktuellen praktischen Fragen der Beziehungen mit der BRD als auch in langfristiger Hinsicht im Kampf um die Festigung der europäischen Sicherheit entsprechend den Prinzipien der Bukarester Deklaration und des Budapester Appells, weiterhin in Kraft bleiben.

In der gegenwärtigen Lage, in der die Regierung Brandt ihre Bereitschaft bekundet, den Forderungen entgegenzukommen, an deren Erfüllung die sozialistischen Länder interessiert sind, ist ein flexiblerer Zugang zur Umsetzung der Warschauer Übereinkunft möglich. Weder bei der Konferenz in Warschau noch danach einigten sich die sozialistischen Länder darauf, dass die BRD unbedingt zur Annahme der Warschauer Übereinkunft als ein Paket an Forderungen zu bewegen ist. Die sozialistischen Länder hätten wohl kaum einen Grund etwas dagegen einzuwenden, wenn beispielsweise die BRD sich dem Vertrag über die Nichtverbreitung anschließen würde, ohne gleichzeitig den vier anderen Forderungen der Warschauer Übereinkunft zuzustimmen. Durchaus wahrscheinlich ist ein Szenario, bei dem die BRD jene Forderungen erfüllt, die in erster Linie die Tschechoslowakei und Ungarn interessieren, sich jedoch vorerst der gänzlichen oder teilweisen Erfüllung all jener Forderungen widersetzt, die Polen und die DDR betreffen, wie etwa die Weigerung der Anerkennung der europäischen Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der DDR als einem im wahrsten Sinne des Wortes souveränen Staat, mit dem gleichzeitig wirtschaftliche Beziehungen unterhalten und auf jede Art und Weise intensiviert werden.

Beim Entstehen einer solchen Situation ist es wichtig, keine Lösungen zuzulassen, die den gemeinsamen Interessen der Gemeinschaft schaden, und der BRD nicht zu erlauben, von der Umsetzung unserer prinzipiellen, auf die Festigung der europäischen Sicherheit abzielenden Forderungen Abstand zu nehmen. Das Vorgehen der sozialistischen Länder bei derartigen Fragen muss abgestimmt erfolgen.

Im Falle einer bei der bevorstehenden Konferenz in Moskau zu erfolgenden Erörterung der Frage über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und der BRD empfiehlt es sich, folgende Haltung zu beziehen:

1. Abzugeben ist eine Bewertung der Wirksamkeit der Warschauer Übereinkunft, die bedeutend dazu beitrug, dass sich in der BRD Tendenzen zu einer nüchterneren Einschätzung der eingetretenen Realitäten entwickelten. Die Bedeutung dieser Übereinkunft liegt darin,

⁶ Fußnote im Text: „Bei der in Warschau abgehaltenen Konferenz der Außenminister von sechs sozialistischen Ländern (im Jahre 1967) wurden als Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD folgende Forderungen ausgearbeitet: Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen durch die BRD, darunter auch der Oder-Neiße-Grenze sowie der Grenze zwischen der BRD und der DDR, Anerkennung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens ex tunc, Anerkennung der Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten, Verzicht der BRD auf die Ansprüche, alle Deutschen zu vertreten und auf Versuche, an Kernwaffen in jedweder Form zu gelangen sowie auf ungesetzliche Ansprüche auf Westberlin.“

dass sie auch unter den gegenwärtigen Bedingungen als effektives Mittel gemeinsamen politischen Drucks auf die BRD im Interesse der Festigung der für die sozialistische Gemeinschaft vorteilhaften Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs dient.

2. Die Bildung der Regierung Brandt/Scheel und ihre ersten Erklärungen sowie praktischen Schritte geben noch keinen Anlass für die Schlussfolgerung, dass der westdeutsche Imperialismus sein expansionistisches Programm revidiert. Die neue Bonner Regierung hat ihre tatsächlichen Absichten bei Weitem noch nicht offengelegt, wenn man natürlich vom offensichtlichen Bemühen absieht, die Länder des Sozialismus zu entzweien und deren geeinte Front aufzubrechen. Aus diesem Grund wäre es nicht vertretbar, gegenüber Bonn Schritte zu unternehmen, die nicht mit den realen Fortschritten in der Haltung der BRD korrelieren. Dies würde auch jenen Kräften in der BRD nicht helfen, die eine tatsächlichen Revision des außenpolitischen Kurses Bonns anstreben und keine rein taktische Korrekturen.

3. Als die Sowjetunion im Jahre 1955 diplomatische Beziehungen mit der BRD aufnahm, war die Lage eine andere. Und auch die rechtliche Lage der Sowjetunion als Unterzeichnerin des Potsdamer Abkommens stellte uns nicht vor derartige Probleme, mit denen sich jetzt die anderen sozialistischen Länder konfrontiert sehen.

Im Prinzip treten wir für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten ein. Das Problem liegt darin, wann, zu welchem für uns bestmöglichen Zeitpunkt man dies tun und welche politische Kompensation Bonn dafür zahlen soll.

4. Wenn die Regierung Brandt/Scheel ihre Bereitschaft zu einer Ausweitung der für die sozialistischen Länder vorteilhaften wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und anderer Beziehungen bekundet, so gilt es natürlich diese Möglichkeiten zu nutzen. Doch auch diesbezüglich muss ein politischer Zugang prävalieren: Die Monopole der BRD benötigen die östlichen Märkte, und wir können uns, indem wir auf diese Karte setzen, die vorteilhaftesten Bedingungen verschaffen.

5. Was die politische Seite dieser Angelegenheit betrifft, so ergeben sich gegenwärtig offensichtlich reale Möglichkeiten zur Verstärkung unseres Drucks auf die BRD, und dies genau auf jenem Fundament, das 1967 in Warschau errichtet wurde. Natürlich müssen wir bei der Formulierung unserer Forderungen zu diesen oder jenen Fragen unbedingt tatsächliche oder mögliche Änderungen der Lage in Betracht ziehen. So etwa ist es bei der Behandlung der Westberlin-Frage unbedingt erforderlich, den diesbezüglichen Meinungs austausch mit den Westmächten zu berücksichtigen. Die Aufhebung des Münchener Abkommens ist, wie bereits angemerkt, politisch schon weitgehend vorbereitet. Solange jedoch die BRD nicht die Forderungen der ČSSR erfüllt, muss die Frage über das Münchener Abkommen unter jenen Forderungen verbleiben, die von den sozialistischen Ländern gemeinsam vorgebracht werden.

6. Zentral und entscheidend unter diesen Forderungen ist die Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen durch die BRD. Diese Frage stellt sich als die komplexeste dar. Bereits jetzt kann man das Bemühen der BRD erkennen, das Thema der Grenzen zu zerlegen, d. h. indem man beispielsweise in irgendeiner Form auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eingeht ohne gleichzeitig die Grenze zwischen der BRD und der DDR anzuerkennen. Solche Versuche müssen auf eine bereits im Vorfeld abgestimmte Position der sozialistischen Länder stoßen.

7. Die Sowjetunion vertritt die Meinung, dass nur reale Schritte der BRD in all jenen Fragen, die der Warschauer Übereinkunft Inhalt sind, günstige Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten schaffen können. Wenn aber die sozialistischen Länder in ihrem Handeln nun Eile und fehlende gegenseitige Abstimmung an den Tag legen, so wäre man unausweichlich mit solchen politischen Nachteilen konfrontiert, wie eine durch nichts kompensierte Stärkung der außenpoliti-

schen Positionen der BRD, eine weitere Verzögerung der Anerkennung der territorialen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und eine Verkomplizierung der Positionen der DDR.

8. Unseren Standpunkt zusammenfassend könnten wir in einem Gespräch mit den Freunden hervorheben, dass die Sowjetunion davon ausgeht, dass es auch zukünftig sinnvoll ist, alle die BRD betreffenden Schritte zu koordinieren und gemeinsam den Versuchen der BRD entgegenzutreten, die Mitglieder der sozialistischen Gemeinschaft gegenseitig ausspielen zu wollen; für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen hat die BRD einen gerechten Preis zu bezahlen. Deswegen bleibt die Warschauer Übereinkunft auch weiterhin ein wichtiges Mittel für ein aktives politisches Einwirken auf die BRD im Interesse der gesamten sozialistischen Gemeinschaft. Die Praxis abgestimmter Schritte bezüglich der BRD erwies sich gänzlich als gerechtfertigt, und sie muss auch in Zukunft beibehalten werden.

Es wäre sinnvoll, das Einbringen von Korrekturen in die Taktik der sozialistischen Länder in dem Maße, wie es sich anbietet, auf eine derartige Weise umzusetzen, dass diese Korrekturen als Ergebnis bestimmter Änderungen innerhalb der BRD und in der außenpolitischen Position des Landes erscheinen. Dies würde innerhalb der BRD zu einer Stärkung derjenigen Strömungen objektiv beitragen, die eine breitere Revision des bisherigen Kurses in internationalen Angelegenheiten anstreben, und es würde zudem die Effizienz unserer Politik sowie ihren realistischen Charakter unterstreichen.

Unter Berücksichtigung der Meinungen anderer Teilnehmer des Treffens könnte man vorschlagen, dass man zukünftig, falls erforderlich, Beratungen von Vertretern der Teilnehmerländer der Warschauer Übereinkunft durchführt, um dabei eine konkrete und abgestimmte taktische Linie auszuarbeiten.

Einer besonderen Analyse verdienen die Wirtschaftsbeziehungen der europäischen sozialistischen Länder mit der BRD. Im Jahr 1968 lag der Anteil der BRD und Westberlins am Handelsumsatz der DDR bei 10%, am Handelsumsatz Rumäniens bei 8,9%, Ungarns bei 4,3%, Polens bei 4,1%; am Handelsumsatz der ČSSR bei 3,7%, Bulgariens bei 1,6% und Jugoslawiens bei 14,4% (der Anteil der BRD im Außenhandelsumsatz der UdSSR machte im Jahre 1968 2,1% aus). Die meisten sozialistischen Länder weisen eine hohe Verschuldung in den Handelsbilanzen mit der BRD auf, wie auch bei den von der BRD erhaltenen Krediten. Doch gibt es bislang noch keine ernsthaften Gründe für die Annahme, dass die BRD bereits über ausreichend starke wirtschaftliche Positionen verfügt, die es ihr erlauben würden, auf die innere Entwicklung in Polen, Ungarn, in der ČSSR oder in Bulgarien Einfluss zu nehmen. Falls die gegenwärtige Tendenz zur Ausweitung wirtschaftlicher Zusammenarbeit der europäischen sozialistischen Länder bestehen bleibt, dann kann sich die diesbezügliche Lage jäh ändern. Aus diesem Grund wäre es wünschenswert, in Anlehnung an die Beschlüsse der XXIII. Sondertagung des RGW die Frage der Wirtschaftsbeziehungen gleichzeitig mit der Abstimmung der weiteren politischen Linie bezüglich der BRD mit der Führung der sozialistischen Länder zu erörtern. Eine detailliertere Ausarbeitung der abgestimmten Position könnte in Zukunft über den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe geführt werden.

VI.

Um die Politik der Führung der Sozialdemokratischen Partei in eine für uns erforderliche Richtung zu beeinflussen, könnte man die Pflege der entstandenen Kontakte mit Brandt und einigen anderen Akteuren der SPD fortsetzen. Bezüglich breiterer, offizieller Kontakte mit der SPD in der Parteiarbeit wäre es zielführend, sich dieser Frage später und in Abhängigkeit vom weiteren praktischen Vorgehen der SPD-Führung und der Regierung Brandt zu widmen.

Es gibt eine Basis für die Ausweitung der Kontakte mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Wir können Kontakte nicht nur mit dem DGP und seinen Mitgliedsgewerkschaften, sondern auch mit Teilorganisationen großer Unternehmen knüpfen, was eine Eingliederung breiter Gewerkschaftsschichten in die Sphäre unserer Verbindungen erlaubt. Dies könnte einen wirklich positiven Einfluss auf die Sozialdemokraten und die Regierung haben.

In der gegenwärtigen Lage in der BRD besteht die Möglichkeit für eine erhebliche Aktivierung der Tätigkeiten der westdeutschen Kommunisten. Für die Bruderparteien ist es eine Pflicht, den Kommunisten der BRD jedwede mögliche Unterstützung zukommen zu lassen.

In der BRD gibt es gegenwärtig zwei kommunistische Parteien, die in der gleichen Richtung, [und zwar] auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus tätig sind – die legale Deutsche Kommunistische Partei (Vorsitzender Gen. K. Bachmann) und die illegale Kommunistische Partei Deutschlands (erster Sekretär Gen. M. Reimann). Diese Zweigleisigkeit entstand durch die politische Lage während der Regierungszeit Kiesingers.

Gegenwärtig offenbaren sich jedoch zusehends die negativen Seiten der Existenz von zwei kommunistischen Parteien in der BRD (Unverständnis unter den Arbeitern der BRD, warum es zwei kommunistische Parteien gibt; die Schwierigkeit der gleichzeitigen Beteiligung dieser Parteien an den Aktivitäten der internationalen kommunistischen Bewegung u. a.).

Die Regierung Brandt wird einer legalen Tätigkeit der DKP wohl kaum Hindernisse in den Weg legen, sie wird aber auch offensichtlich das Verbot der KPD nicht aufheben. Unter Berücksichtigung dessen wäre es zielführend, den deutschen Freunden im Zuge der bevorstehenden Treffen anzuraten, die Frage über eine baldige Fusion in einer der DKP und der KPD bestmöglich entsprechenden Form zu klären.

Intensiviert werden sollten die Kontakte mit der Intelligenz sowie mit Jugend-, Frauen und anderen gesellschaftlichen Organisationen der BRD, indem man zu diesem Zwecke entsprechende Organisationen der sozialistischen Länder hinzuzieht. Natürlich haben die sozialistischen Staaten ihre Aktivitäten in Bezug auf die BRD genau abzuwägen und zu koordinieren.

Der Lauf der Ereignisse in der BRD weist keinen konstanten Charakter auf, positive Momente kommen in widersprüchlicher Form zum Tragen. Versuche, unter dem Einfluss innerer und äußerer Faktoren den früheren Kurs in vollem Umfang wieder einzuschlagen, können nicht ausgeschlossen werden. Unter diesen Bedingungen muss den gesellschaftlichen Kräften der BRD von Anfang an klar sein, dass eine Kehrtwendung in Richtung einer Anerkennung der bestehenden Realitäten – natürlich wenn sie nicht in Worten, sondern durch Taten erfolgt – seitens der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder nicht nur wahrgenommen, sondern auch unterstützt wird.

Dabei ist es offensichtlich, dass unsere ganze Politik gegenüber der neuen Bonner Regierung – insbesondere solange es noch nicht genug Anhaltspunkte für ein Urteil darüber gibt, wie ihre politische Linie in der Praxis und nicht in Erklärungen aussehen wird – in ausreichendem Maße ausbalanciert sein muss und keine ungerechtfertigten Vorschusslorbeeren beinhalten darf. Man muss auch berücksichtigen, dass der Amtsantritt der Regierung Brandt neben den oben genannten günstigen Möglichkeiten auch ernsthafte erschwerende Faktoren hinsichtlich der weiteren Festigung der sozialistischen Gemeinschaft und der Stärkung der Positionen der DDR mit sich bringt. Deren Neutralisierung machen ein noch höheres Maß an Abstimmung beim Vorgehen der sozialistischen Länder und ein operatives Reagieren auf geänderte Sachverhalte erforderlich.

Geheim

TREFFEN DER FÜHRER DER BRUDERLÄNDER*

Am 3. Dezember 1969 fand in Moskau ein Treffen der Partei- und Staatsführer der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volks-

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 304, S. 39–41. – Anlage zu Punkt 1 des Prot. Nr. 147. Entwurf.

republik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik statt.

An diesem Treffen nahmen teil:

Der erste Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei und Vorsitzende des Ministerrates der VRB, T. Živkov ...⁷;

Der erste Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, J. Kádár, Mitglied des Politbüros der USAP und Vorsitzender der Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung, J. Fock ...⁸;

Der erste Sekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzende, W. Ulbricht, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzender des Ministerrates der DDR, W. Stoph ...⁹;

Der erste Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, W. Gomułka, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Vorsitzender des Ministerrates der VRP, J. Cyrankiewicz ...¹⁰;

Der Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei und Vorsitzende des Staatsrates, N. Ceaușescu, Mitglied des Exekutivkomitees und des Ständigen Präsidiums des ZK der RKP und Vorsitzender des Ministerrates der SRR, J. G. Maurer ...¹¹;

Der Generalsekretär der ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, A. N. Kosygin, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, N. V. Podgornyj, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, M. A. Suslov, Sekretär des ZK der KPdSU, K. F. Katušev;

Der erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, G. Husák, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPCĚ und der Vorsitzende der Regierung der ČSSR, O. Černík ...¹²;

Die Teilnehmer des Treffens tauschten ihre Meinungen zu einem breiten Kreis an Fragen aus, die im Zusammenhang mit der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit stehen. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei den Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa geschenkt.

Es herrschte Zufriedenheit darüber, dass die von den sozialistischen Ländern kollektiv erarbeiteten Vorschläge bezüglich der Vorbereitung und Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz eine breite internationale Unterstützung finden. Die sozialistischen Länder werden auch weiterhin beharrlich dafür eintreten, dass auf europäischem Boden gute Nachbarschaft die Entfremdung abbaut, dass sich die friedliche Koexistenz zu einer universellen Norm der Beziehungen zwischen europäischen Staaten unterschiedlichen gesellschaftlichen Aufbaus entwickelt und dass das Streben der Völker nach Sicherheit und Fortschritt durch konkrete Taten sowie im Sinne einer Lösung der vordringlichsten Probleme dieses Weltteils umgesetzt wird.

Die beim Treffen vertretenen Länder sind zur Ausweitung und Entwicklung der Beziehungen auf den Prinzipien von Gleichberechtigung, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität sowie der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen mit jenen europäischen Staaten bereit, die sich ihrerseits in ihren Taten ebenso an diese Prinzipien halten.

Beim Meinungsaustausch zu Fragen, welche die internationale Lage belasten, wurde gesondert angemerkt, dass es weiterhin zu gefährlichen Manifestationen des Revanchismus und zu einem Anstieg der neonazistischen Aktivitäten in der BRD kommt. Würde sich die neue westdeutsche Regierung des Ballastes der Vergangenheit entledigen und im Einklang mit dem Geist der Zeit eine rea-

⁷ So im Original.

⁸ So im Original.

⁹ So im Original.

¹⁰ So im Original.

¹¹ So im Original.

¹² So im Original.

listische Herangehensweise an jene Probleme an den Tag legen, die Spannungen in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten hervorrufen, stieße ein solches Vorgehen bei den sozialistischen Ländern auf Zustimmung. Als positiven Aspekt bezeichnete man die Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Indem sie dem Umstand, dass der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen in vollem Ausmaße der Festigung des Friedens dienen möge, eine große Bedeutung beimessen, treten die Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik dafür ein, dass eine möglichst große Zahl an Ländern diesem Vertrag beitrifft und es zu dessen schnellstmöglicher Ratifizierung sowie zum Inkrafttreten des Vertrages kommt.

Einmütig wurde die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass es für die Sicherung eines beständigen und stabilen Friedens erforderlich ist, den Weg in Richtung einer Beendigung des Wettrüstens und einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu beschreiten. Die sozialistischen Länder, die sich bereits mehrfach mit konkreten Vorschlägen zu dieser Frage geäußert haben, rufen alle Staaten zur Bekundung guten Willens und der Bereitschaft auf, eine konkrete und echte Abrüstung in Angriff nehmen zu wollen.

Das Moskauer Treffen bestätigte die einheitlichen Sichtweisen seiner Teilnehmer und verlief im Geiste der Freundschaft, Akzeptanz und kollegialen Zusammenarbeit.